

Synopsis

Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG, BGS 161.1)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BGS-Nummern)

Neu: –
 Geändert: **161.1**
 Aufgehoben: –

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)
	<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i></p> <p>gestützt auf Art. 14 und Art. 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007[SR 312.0], Art. 4, Art. 5, Art. 54 Abs. 2, Art. 68 Abs. 2 lit. d, Art. 129, Art. 142 Abs. 3 und Art. 356 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008[SR 272], Art. 6 Abs. 2, Art. 7 Abs. 3 und Art. 8 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009[SR 312.1], Art. 91 Abs. 3 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 21. Dezember 1937[SR 311.0], Art. 13 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)[SR 281.1] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und l, § 54 Abs. 3, § 56, § 58 und § 63 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],</p> <p><i>beschliesst:</i></p>
	I.
	Der Erlass BGS 161.1 , Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (Stand 1. Januar 2023), wird wie folgt geändert:
Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege	

<p>Geltendes Recht</p>	<p>[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)</p>
<p>(Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)</p>	
<p>vom 26. August 2010</p>	
<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i></p>	
<p>gestützt auf Art. 14 und Art. 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007[SR 312.0], Art. 4, Art. 5, Art. 54 Abs. 2, Art. 68 Abs. 2 lit. d, Art. 129, Art. 142 Abs. 3 und Art. 356 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008[SR 272], Art. 6 Abs. 2, Art. 7 Abs. 3 und Art. 8 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009[SR 312.1], Art. 91 Abs. 3 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 21. Dezember 1937[SR 311.0], Art. 13 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)[SR 281.1] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und I, § 54 Abs. 3, § 56, § 58 und § 63 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV)[BGS 111.1],</p>	<p>gestützt auf Art. 14 und Art. 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007[SR 312.0], Art. 4, Art. 5, Art. 54 Abs. 2, Art. 68 Abs. 2 lit. d, Art. 129, Art. 142 Abs. 3 und Art. 356 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008[SR 272], Art. 6 Abs. 2, Art. 7 Abs. 3 und Art. 8 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009[SR 312.1], Art. 91 Abs. 3 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 21. Dezember 1937[SR 311.0], Art. 13 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)[SR 281.1] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und I, § 54 Abs. 3, § 56, § 58 und § 63 Abs. 1 der <u>Kantonsverfassung (KV)Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894</u>[BGS 111.1],</p>
<p><i>beschliesst:</i></p>	
<p>§ 5 Zuständigkeit, Kompetenzkonflikte</p> <p>¹ Die Justizbehörden prüfen ihre Zuständigkeit von Amtes wegen.</p> <p>² Das Plenum des Obergerichts entscheidet endgültig über Kompetenzkonflikte zwischen seinen Abteilungen.</p>	<p>² Das Plenum des Obergerichts entscheidet endgültig über Kompetenzkonflikte zwischen seinen Abteilungen. <u>Über alle übrigen Kompetenzkonflikte entscheidet endgültig die Justizverwaltungsabteilung des Obergerichts.</u></p>
<p>§ 6 Weiterleitung</p> <p>¹ Eingaben oder Zahlungen an eine unzuständige kantonale oder gemeindliche Behörde sind von Amtes wegen und unter Mitteilung an die Absenderin oder den Absender an die zuständige Justizbehörde weiterzuleiten.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>² Für die Einhaltung der Frist ist der Zeitpunkt der Einreichung an die unzuständige Behörde massgebend.</p>	<p>² <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>§ 7 Verfahrenssprache</p> <p>¹ Die Verfahrenssprache ist Deutsch.</p>	<p>² Zivilverfahren können mit dem Einverständnis des jeweiligen Spruchkörpers ganz oder teilweise in den in Art. 129 Abs. 2 und Art. 251a Abs. 2 ZPO[SR 272] vorgesehenen Sprachen geführt werden. Ein Anspruch der Parteien, das Verfahren in einer anderen Sprache als Deutsch zu führen, besteht nicht.</p>
<p>§ 11 Sitz, Ort der Verfahrenshandlungen</p> <p>¹ Der Sitz der Justizbehörden ist Zug. Die Friedensrichterämter haben ihren Sitz in ihrer oder der gemäss § 37 festgelegten Gemeinde.</p> <p>² Die Justizbehörden nehmen die Verfahrenshandlungen grundsätzlich an ihrem Sitz vor und halten Sitzungen in den ihnen zugewiesenen Räumlichkeiten ab.</p> <p>³ Die Verfahrens- oder Prozessleitung kann aus sachlichen Gründen einen andern Verhandlungsort festlegen.</p>	<p>² Die Justizbehörden nehmen die Verfahrenshandlungen grundsätzlich an ihrem Sitz vor und halten Sitzungen in den ihnen zugewiesenen Räumlichkeiten ab. <u>Im Einverständnis des jeweiligen Spruchkörpers ist bei Beratungen eine virtuelle Teilnahme mittels elektronischer Mittel zur Ton- und Bildübertragung, insbesondere mittels Videokonferenz, möglich.</u></p>
<p>§ 12 Sitzungen</p> <p>¹ Die Mitglieder von Justizbehörden haben an allen Sitzungen des Plenums oder von Spruchkörpern teilzunehmen und ihre Stimme abzugeben. Die Protokollführerin bzw. der Protokollführer nimmt mit beratender Stimme teil.</p>	<p>¹ Die Mitglieder von Justizbehörden haben an allen Sitzungen des Plenums oder von Spruchkörpern teilzunehmen und ihre Stimme abzugeben. <u>Die Protokollführerin Bei Sitzungen des Plenums nimmt die Generalsekretärin oder der Generalsekretär bzw. die Kanzleivorsteherin oder der Protokollführer-Kanzleivorsteher mit beratender Stimme teil. Bei Sitzungen des Spruchkörpers nimmt eine Gerichtsschreiberin bzw. ein Gerichtsschreiber mit beratender Stimme teil.</u></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>² Ist eine Teilnahme ausnahmsweise aus zwingenden Gründen nicht möglich, so haben die Mitglieder dies der Verfahrensleitung bzw. Prozessleitung rechtzeitig mitzuteilen.</p> <p>³ Die Leitung der Sitzung obliegt wie folgt einem Mitglied der Justizbehörde oder dessen ordentlicher Stellvertretung:</p> <p>a) der Verfahrensleitung bzw. Prozessleitung in den von den Prozessordnungen vorgeschriebenen Fällen;</p> <p>b) dem Präsidium bei Sitzungen des Plenums;</p> <p>c) dem zuständigen Mitglied der Justizbehörde, wenn ihm die Ausübung der Justizfunktion als Einzelperson übertragen wurde;</p> <p>d) dem Präsidium des Spruchkörpers in allen anderen Fällen.</p> <p>⁴ Soweit die Prozessordnungen keine Regelung enthalten, bestimmt die nach Absatz 3 zuständige Person den Ablauf der Sitzung. Sie entscheidet insbesondere über die Erteilung und den Entzug des Worts sowie über den Unterbruch oder die Vertagung.</p> <p>⁵ Die Justizbehörden entscheiden mit der einfachen Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit im Plenum entscheidet das Präsidium.</p> <p>⁶ Die Urteilsberatung ist nicht öffentlich.</p>	
<p>§ 14 Personelle Dotation</p> <p>¹ Das Obergericht besteht aus sieben Mitgliedern, bei teilweiser Besetzung mit Teilämtern aus höchstens neun Mitgliedern, und sechs Ersatzmitgliedern.</p> <p>² Der Kantonsrat legt die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts und des Strafgerichts fest.</p>	<p>¹ Das Obergericht besteht aus sieben Mitgliedern, bei teilweiser Besetzung mit Teilämtern aus höchstens neun Mitgliedern, und sechs<u>vier</u> Ersatzmitgliedern.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>³ Der Kantonsrat legt für alle Gerichte die Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter sowie die Beschäftigungsgrade der Teilämter fest. Der Beschäftigungsgrad für die Präsidien beträgt mindestens 80 Prozent, für ein Teilamt mindestens 50 Prozent.</p> <p>⁴ Der Kantonsrat beschliesst die Festlegungen nach Abs. 2 und 3 jeweils vor der Wahl auf Antrag des Obergerichts. Das Kantonsgericht und das Strafgericht sind vorgängig durch das Obergericht anzuhören.</p> <p>^{4a} Bei Ergänzungswahlen während laufender Amtsperiode kann die erweiterte Justizprüfungskommission des Kantonsrats auf Antrag des Obergerichts vollamtliche Richterstellen mit Teilämtern zu je 50 Prozent zur Wahl ausschreiben lassen. Sie teilt dies dem Regierungsrat zwecks Festsetzung der Ergänzungswahl gemäss § 57 Abs. 1 WAG[BGS 131.1] mit. Die Ausschreibung erfolgt gemäss § 29 Abs. 1 WAG durch die Staatskanzlei.</p> <p>⁵ Das Obergericht kann während der laufenden Amtsperiode im Rahmen der für ein Gericht gesamthaft festgelegten Stellenprozente und mit Zustimmung der betroffenen Richterinnen und Richter deren Beschäftigungsgrade bis zu höchstens 50 Stellenprozenten verändern.</p>	
<p>§ 15 Wahl - Ordentliche Mitglieder und Ersatzmitglieder</p> <p>¹ Das Volk wählt die ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gerichte.</p> <p>² Der Kantonsrat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichts.</p>	<p>§ 15 Wahl - Ordentliche Mitglieder und Ersatzmitglieder</p> <p>¹ Das Volk wählt die ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gerichte.</p>
<p>§ 16 Ausserordentliche Ersatzmitglieder</p> <p>¹ Der Kantonsrat wählt ausserordentliche Ersatzmitglieder der Gerichte</p> <p>a) für einzelne Verfahren, wenn sämtliche Ersatzmitglieder zu einer ordnungsgemässen Besetzung des Gerichts nicht ausreichen;</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>b) für die Dauer der Verhinderung, wenn eine voll- oder teilamtliche Richterin oder ein voll- oder teilamtlicher Richter infolge Krankheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert sein wird;</p> <p>c) für die Dauer von höchstens zwei Jahren, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Arbeitslast nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben innert angemessener Frist zu erfüllen.</p> <p>² Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sind in diesen Fällen als Ersatzmitglieder wählbar.</p>	<p>² Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber Wählbar sind die in diesen Fällen als Ersatzmitglieder wählbaren schweizerischen Angelegenheiten Stimmberechtigten.</p>
<p>§ 17 Organisation</p> <p>¹ Das Obergericht gliedert sich in folgende Abteilungen:</p> <p>a) Zivilabteilung;</p> <p>b) Strafabteilung;</p> <p>c) Beschwerdeabteilung;</p> <p>d) Justizverwaltungsabteilung.</p> <p>² Es kann in der Geschäftsordnung weitere Zivil-, Straf- und Beschwerdeabteilungen sowie innerhalb der Abteilungen Kammern bilden, wenn die Arbeitslast es erfordert. In den Kammern führen die Präsidien der jeweiligen Abteilung den Vorsitz.</p> <p>³ Es wählt seine Vizepräsidentin bzw. seinen Vizepräsidenten (Vizepräsidium) und bestimmt die Präsidien und Mitglieder der Abteilungen.</p> <p>⁴ Es verfügt über eine Kanzlei.</p> <p>⁵ Es regelt die Einzelheiten seiner Organisation unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat in einer Geschäftsordnung, insbesondere</p>	<p>² Es kann in der Geschäftsordnung weitere Zivil-, Straf- und Beschwerdeabteilungen sowie innerhalb der Abteilungen Kammern bilden, wenn die Arbeitslast es erfordert. In den Kammern führen die Präsidien der jeweiligen Abteilung den Vorsitz.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>a) die Aufgaben und Zuständigkeiten der Organe;</p> <p>b) die Stellvertretung und die Delegation von Unterschriften;</p> <p>c) die Anstellung von auszubildenden Personen (Auditorinnen bzw. Auditoren) und ihren Einsatz in den Justizbehörden;</p> <p>d) die Ablauforganisation;</p> <p>e) die Beschlussfassung, einschliesslich der Beschlussfassung auf dem Zirkulationsweg.</p>	
<p>§ 23 Einzelrichterinnen und Einzelrichter</p> <p>¹ Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter sind in den vom Abteilungspräsidium zugewiesenen Fällen an dessen Stelle abschliessend zur Verfahrensleitung bzw. zur Prozessleitung zuständig. Ihnen stehen alle Befugnisse zu, die nach den Prozessordnungen der Präsidentin oder dem Präsidenten des Gerichts zustehen.</p> <p>² Sie entscheiden als Rechtsmittelinstanz</p> <p>a) in den Fällen, in welchen die Prozessordnungen dies ausdrücklich vorsehen;</p> <p>b) über Nichteintreten auf offensichtlich unzulässige Rechtsmittel;</p> <p>c) über Nichteintreten auf Rechtsmittel, die offensichtlich keine hinreichende Begründung enthalten;</p> <p>d) über Nichteintreten auf Rechtsmittel, die nach Ablauf der Rechtsmittelfrist eingereicht wurden;</p> <p>e) über Nichteintreten auf offensichtlich querulatorische oder rechtsmissbräuchliche Rechtsmittel;</p>	<p>¹ Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter sind in den <u>ihnen</u> vom Abteilungspräsidium zugewiesenen Fällen an dessen Stelle abschliessend zur <u>Verfahrens-</u> bzw. zur Prozessleitung zuständig. <u>Ihnen stehen alle Befugnisse zu, Sie entscheiden insbesondere über die nach den Prozessordnungen der Präsidentin oder dem Präsidenten des Gerichts zustehende aufschiebende Wirkung, die vorzeitige Vollstreckung und die Anordnung vorsorglicher Massnahmen.</u></p> <p>² Sie entscheiden als Rechtsmittelinstanz <u>zudem:</u></p> <p>d) über Nichteintreten auf Rechtsmittel, die nach Ablauf der Rechtsmittelfrist eingereicht wurden, <u>oder bei fehlender Berufungserklärung;</u></p> <p>e) über Nichteintreten auf <u>offensichtlich</u> querulatorische oder rechtsmissbräuchliche <u>Ausstandsgesuche und</u> Rechtsmittel;</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>f) über die Erledigung des Verfahrens bei Rückzug des Rechtsmittels.</p> <p>³ Sie entscheiden über die Anordnung vorsorglicher Massnahmen nach Art. 5 Abs. 2 ZPO.</p> <p>⁴ Sie entscheiden für das Obergericht über die unentgeltliche Rechtspflege im Rechtsmittelverfahren.</p> <p>⁵ Das Präsidium der Abteilung entscheidet endgültig über die aufschiebende Wirkung.</p>	<p>f) über die Erledigung des Verfahrens bei <u>Rückzug des Rechtsmittels, zufolge Rückzugs, Anerkennung, Vergleichs oder Gegenstandslosigkeit</u>;</p> <p>g) über die Erledigung des Verfahrens wegen Nichtleistung von Kostenvorschüssen oder Sicherheiten für die Parteientschädigung;</p> <p>h) über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege.</p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>⁴ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>⁵ <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>§ 28 Einzelrichterinnen und Einzelrichter</p> <p>¹ Die Prozessleitung einschliesslich der Anordnung von Schriftenwechsel und der Beweisabnahme von Amtes wegen, der Verfahrensvereinigung (Art. 73 Abs. 2 ZPO) sowie der Durchführung von Beweisverfahren und Instruktionsverhandlungen vor der Hauptverhandlung, der vorsorglichen Beweisführung (Art. 158 ZPO) und der Anordnung vorsorglicher Massnahmen (Art. 261 ff. ZPO), obliegt den Einzelrichterinnen und Einzelrichtern. Die Geschäftsordnung regelt die Zuweisung der Fälle.</p> <p>² Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter beurteilen bzw. sind zuständig für</p> <p>a) Leistungsklagen, unbezifferte Forderungsklagen, Gestaltungsklagen und Feststellungsklagen im ordentlichen Verfahren mit einem Streitwert bis 30'000 Franken;</p> <p>b) vermögensrechtliche Streitigkeiten im vereinfachten Verfahren (Art. 243 ff. ZPO);</p>	<p>¹ Die Prozessleitung <u>einschliesslich der Anordnung von Schriftenwechsel und der, die Beweisabnahme von Amtes wegen, der Verfahrensvereinigung (Art. 73 Abs. 2 ZPO) sowie der die Durchführung von Beweisverfahren <u>Einigungsverhandlungen</u> und Instruktionsverhandlungen vor der Hauptverhandlung, der vorsorglichen Beweisführung (Art. 158 ZPO) und der Anordnung vorsorglicher Massnahmen (Art. 261 ff. ZPO), obliegt <u>obliegen</u></u> den Einzelrichterinnen und Einzelrichtern. Die Geschäftsordnung regelt die Zuweisung der Fälle.</p> <p>² Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter <u>beurteilen bzw. sind zuständig für <u>entscheiden</u></u>;</p> <p>a) <u>Leistungsklagen, unbezifferte Forderungsklagen, Gestaltungsklagen und Feststellungsklagen über Streitigkeiten im ordentlichen <u>vereinfachten</u> Verfahren mit einem Streitwert bis 30'000 Franken;</u></p> <p>b) <u>vermögensrechtliche über Streitigkeiten im vereinfachten <u>summarischen</u> Verfahren (Art. 243 ff. ZPO);</u></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>c) Streitigkeiten im summarischen Verfahren;</p> <p>d) Scheidungen auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung (Art. 285 ZPO, ohne die Fälle nach Art. 292 ZPO);</p> <p>e) Änderungen rechtskräftig entschiedener Scheidungsfolgen (Art. 284 ZPO);</p> <p>f) Vaterschaftsklagen (Art. 261 ZGB) sowie die Anfechtung der Vaterschaft (Art. 260a ff. ZGB);</p> <p>g) Unterhaltsklagen (Art. 279 ZGB);</p> <p>h) Entscheide nach Art. 303 und 304 ZPO;</p> <p>i) Auflösungen der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung (Art. 307 i.V.m. Art. 285 ZPO, ohne die Fälle nach Art. 292 ZPO);</p> <p>j) die Unterstützung des Schiedsgerichts (Art. 356 Abs. 2 Bst. c ZPO);</p> <p>k) Verfügungen und Entscheide als Vollstreckungsgericht;</p> <p>l) Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege, unabhängig von der Zuständigkeit in der Hauptsache;</p> <p>m) den bestrittenen Ausstand von Mitgliedern der Schlichtungsbehörden.</p> <p>³ Sie nehmen die Handlungen der interkantonalen und internationalen Rechtshilfe in Zivilsachen vor.</p>	<p>c) <u>Streitigkeiten im summarischen über die Erledigung ordentlicher Verfahren zufolge Rückzugs, Anerkennung, Vergleichs oder Gegenstandslosigkeit;</u></p> <p>d) <u>Scheidungen auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung (Art. 285 ZPO, ohne über die Fälle nach Art. 292 ZPO) Erledigung ordentlicher Verfahren wegen Nichtleistung von Kostenvorschüssen oder Sicherheiten für die Partei-entschädigung;</u></p> <p>e) <u>Änderungen rechtskräftig entschiedener Scheidungsfolgen (Art. 284 ZPO) als Vollstreckungsgericht;</u></p> <p>f) <u>Vaterschaftsklagen (Art. 261 ZGB) sowie die Anfechtung über Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege betreffend Verfahren vor Schlichtungsbehörden und Kantonsgericht, unabhängig von der Vaterschaft (Art. 260a ff. ZGB) Zuständigkeit in der Hauptsache;</u></p> <p>g) <u>Unterhaltsklagen (Art. 279 ZGB); über den bestrittenen Ausstand von Mitgliedern der Schlichtungsbehörden.</u></p> <p>h) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>i) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>j) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>k) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>l) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>m) <i>Aufgehoben.</i></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>§ 31 Organe</p> <p>¹ Das Strafgericht handelt durch folgende Organe:</p> <p>a) das Plenum;</p> <p>b) das Präsidium;</p> <p>c) das Kollegialgericht als Spruchkörper mit drei Richterinnen oder Richtern;</p> <p>d) die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter;</p> <p>e) die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber.</p> <p>² Soweit das Gesetz oder die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen, handelt das Strafgericht als Kollegialgericht.</p> <p>³ Das Plenum des Strafgerichts kann für die Tätigkeit der Abteilungen sowie der Einzelrichterinnen und Einzelrichter generelle Weisungen erlassen.</p>	<p>d) die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter<u>das Einzelgericht</u>;</p> <p>³ Das Plenum des Strafgerichts kann für die Tätigkeit der Abteilungen sowie der Einzelrichterinnen und Einzelrichter<u>des Einzelgerichts</u> generelle Weisungen erlassen.</p>
<p>§ 32 Zuständigkeit</p> <p>¹ Das Strafgericht ist das untere Gericht in Strafsachen. Es beurteilt erstinstanzlich alle Straftaten, die nicht in die Zuständigkeit anderer Behörden fallen (Art. 19 Abs. 1 StPO).</p> <p>² Die Verfahrensleitung obliegt den Einzelrichterinnen und Einzelrichtern. Ihnen stehen alle Befugnisse zu, die nach der Strafprozessordnung der Präsidentin oder dem Präsidenten des Gerichts zustehen (Art. 61 lit. c StPO). Die Zuweisung der Fälle wird durch die Geschäftsordnung geregelt.</p> <p>³ Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter beurteilen die Fälle nach Art. 19 Abs. 2 lit. a und b StPO.</p>	<p>³ Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter beurteilen<u>Das Einzelgericht beurteilt</u> die Fälle nach Art. 19 Abs. 2 lit. a und b StPO[SR 312.0]. <u>Zudem entscheidet es über die Vollstreckbarkeit ausländischer Strafentscheide gemäss Art. 103 ff. IRSG[SR 351.1].</u></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>§ 39 Ernennung, Zuständigkeit, Organisation</p> <p>¹ Für Streitigkeiten aus einem Arbeitsvertrag gemäss Schweizerischem Obligationenrecht (OR)[SR 220] besteht eine besondere Schlichtungsbehörde (Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht) für das gesamte Kantonsgebiet. Die Mitglieder werden vom Obergericht gewählt.</p> <p>² Die Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht steht unter der Aufsicht des Obergerichts.</p> <p>³ Das Obergericht regelt die Ernennung, die Amtsführung und die Organisation in einer Verordnung.</p>	<p>¹ Für Streitigkeiten aus einem Arbeitsvertrag gemäss Schweizerischem Obligationenrecht (OR)[SR 220] besteht eine besondere Schlichtungsbehörde (Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht) für das gesamte Kantonsgebiet. Die Mitglieder werden vom Obergericht gewählt. <u>Wählbar sind die in schweizerischen Angelegenheiten Stimmberechtigten.</u></p>
<p>§ 41 Ernennung, Organisation</p> <p>¹ Die Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht besteht aus mindestens 13 nebenamtlichen Mitgliedern:</p> <p>a) drei Mitglieder als Vorsitzende, die Gewähr für eine unabhängige Behandlung der Verfahren bieten;</p> <p>b) mindestens je fünf Mitglieder als Vertreterinnen und Vertreter der Interessen der Mieter- und Vermieterschaft, die von den Mieter- bzw. Vermieterorganisationen vorgeschlagen werden.</p> <p>² Die Volkswirtschaftsdirektion ernennt die Vorsitzenden (eine Präsidentin oder einen Präsidenten und zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten) und die übrigen Mitglieder. Wählbar sind die in schweizerischen Angelegenheiten Stimmberechtigten.</p> <p>³ Die Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht handelt und beschliesst als Spruchkörper, bestehend aus einem oder einer Vorsitzenden und je einer Vertretung der Mieter- und Vermieterschaft.</p>	<p>² Die Volkswirtschaftsdirektion ernenntwählt die Vorsitzenden (eine Präsidentin oder einen Präsidenten und zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten) und die übrigen Mitglieder. Wählbar sind die in schweizerischen Angelegenheiten Stimmberechtigten.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>⁴ Bei Streitigkeiten der landwirtschaftlichen Pacht handelt und entscheidet eine von der Volkswirtschaftsdirektion gewählte Fachperson.</p> <p>⁵ Die Schlichtungsbehörde steht unter der administrativen Aufsicht des Regierungsrats.</p> <p>⁶ Das Obergericht regelt in Absprache mit dem Regierungsrat die Amtsführung und die Organisation in einer Verordnung, soweit die Funktion als kantonale Schlichtungsbehörde im Sinne der ZPO betroffen ist.</p>	
<p>§ 57 Controlling, Berichterstattung</p> <p>¹ Das Obergericht regelt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften das Controlling und die jährliche Berichterstattung der Justizbehörden.</p>	<p>¹ Das Obergericht regelt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften das Controlling und die jährliche Berichterstattung der Justizbehörden.</p> <p>² Über seine Amtsführung erstattet das Obergericht dem Kantonsrat alle zwei Jahre Bericht.</p> <p>³ Die unter der Aufsicht des Obergerichts stehenden Justizbehörden erstatten dem Obergericht jährlich Bericht.</p>
	<p>§ 63a Nach- und Rückzahlungsverfahren bei unentgeltlicher Rechtspflege und amtlicher Verteidigung</p> <p>¹ Die Obergerichtskanzlei, vertreten durch die Gerichtskasse, prüft regelmässig, ob Parteien, denen die unentgeltliche Rechtspflege oder die amtliche Verteidigung bewilligt wurde, zur Rückzahlung im Sinne von Art. 123 ZPO[SR 272] bzw. Art. 135 Abs. 4 Bst. a StPO[SR 312.0] in der Lage sind. Zu diesem Zweck fordert sie die Parteien auf, die offenen Beträge zu bezahlen oder nachzuweisen, dass eine Rückzahlung nicht möglich ist. Die Parteien sind zur Mitwirkung verpflichtet.</p> <p>² Reichen die Parteien trotz Mahnung die verlangten Belege nicht ein, wird angenommen, sie seien zur Rückzahlung in der Lage. In diesem Fall entscheidet die Obergerichtskanzlei über die Nach- oder Rückzahlung. Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[BGS 162.1].</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	<p>³ Im Streitfall entscheiden auf Antrag der Obergerichtskanzlei in Zivilsachen die Einzelrichterin bzw. der Einzelrichter des Kantonsgerichts und in Strafsachen die zuständige Behörde nach Art. 363 StPO darüber, ob und in welchem Umfang die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Partei die Rückzahlung erlauben. Das Verfahren richtet sich in Zivilsachen sinngemäss nach Art. 119 ZPO und in Strafsachen nach Art. 363 ff. StPO.</p>
<p>§ 66 Unvereinbarkeit</p> <p>¹ Mit dem Amt einer Richterin oder eines Richters in der Zivil- und Strafrechtspflege ist unvereinbar</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Mitgliedschaft im Kantonsrat;b) die Mitgliedschaft im Regierungsrat;c) die Funktion als Landschreiberin oder Landschreiber, als Ombudsperson, als Datenschutzbeauftragte oder Datenschutzbeauftragter;d) die Mitgliedschaft im Verwaltungsgericht;e) die Funktionen mit staatsanwaltschaftlicher Befugnis;f) die Funktion als Gerichtsschreiberin oder Gerichtsschreiber;g) die Leitung der Ämter und Abteilungen gemäss dem Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung[BGS 153.1];h) die Mitgliedschaft in einer Schlichtungsbehörde;i) die Ausübung des Berufes einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts im Sinne des BGFA;j) die Tätigkeit in einem Schiedsgericht, welches in die Zuständigkeit der Zivilgerichtsbarkeit des Kantons Zug fällt oder fallen könnte.	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>² Funktionen mit staatsanwaltschaftlicher Befugnis sind unvereinbar mit Funktionen gemäss Absatz 1 Bst. a bis d, f und i.</p> <p>³ Mit der Funktion einer Friedensrichterin oder eines Friedensrichters zusätzlich unvereinbar sind die Funktionen gemäss Absatz 1 Bst. a bis c, i und j.</p> <p>⁴ Mit der Funktion einer Richterin oder eines Richters am Obergericht unvereinbar ist die Funktion einer Richterin oder eines Richters am Kantons- und Strafgericht.</p> <p>⁵ Die Vertretung anderer Personen vor Gericht ist den Richterinnen und Richtern, den Friedensrichterinnen und Friedensrichtern, den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie dem Personal der Gerichtskanzleien untersagt.</p> <p>⁶ Tritt eine Unvereinbarkeit ein, so meldet die betroffene Person dies der Justizverwaltungsabteilung des Obergerichts unter gleichzeitiger Mitteilung, welche der unvereinbaren Funktionen weitergeführt und auf welche verzichtet wird. Bis zur Beseitigung der Unvereinbarkeit tritt die Person in den Ausstand.</p>	<p>⁵ Die Vertretung anderer Personen vor Gericht ist den Richterinnen und Richtern, <u>sowie den Friedensrichterinnen und Friedensrichtern gänzlich</u>, den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie dem Personal der Gerichtskanzleien <u>innerhalb des Kantons Zug</u> untersagt.</p>
<p>§ 67 Wählbarkeitsvoraussetzung</p> <p>¹ Für die Wahl bzw. Anstellung sind folgende fachliche Voraussetzungen erforderlich:</p> <p>a) Voll- oder teilamtliche Mitglieder der Gerichte: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master) und Anwaltspatent oder gleichwertige Fachausbildung sowie mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in der Rechtsprechung, Advokatur, Verwaltung oder im Rechtsdienst einer Unternehmung;</p> <p>b) Nebenamtliche Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gerichte: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master) oder gleichwertige Fachausbildung sowie mindestens drei Jahre Berufserfahrung in der Rechtsprechung, Advokatur, Verwaltung oder im Rechtsdienst einer Unternehmung;</p>	<p>a) Voll- oder teilamtliche Mitglieder der Gerichte: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master) und Anwaltspatent oder gleichwertige Fachausbildung sowie <u>danach</u> mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in der Rechtsprechung, Advokatur, Verwaltung oder im Rechtsdienst einer Unternehmung;</p> <p>b) Nebenamtliche Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gerichte: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master) oder gleichwertige Fachausbildung sowie <u>danach</u> mindestens drei Jahre Berufserfahrung in der Rechtsprechung, Advokatur, Verwaltung oder im Rechtsdienst einer Unternehmung;</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
c) Staatsanwältinnen und Staatsanwälte: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master) und Anwaltspatent; in Ausnahmefällen kann bei anderer gleichwertiger, fachbezogener Ausbildung oder langjähriger Tätigkeit in Advokatur oder Rechtspflege vom Erfordernis des Anwaltspatents abgesehen werden; d) Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber: abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master).	
	<p>§ 67b Erlöschen des Amts</p> <p>¹ Das Amt eines vom Volk gewählten Mitglieds oder Ersatzmitglieds der Gerichte erlischt, wenn es das Stimmrecht in kantonalen Angelegenheiten oder die übrigen Wählbarkeitsvoraussetzungen verliert.</p> <p>² Das Amt einer Friedensrichterin oder eines Friedensrichters erlischt, wenn sie oder er das Stimmrecht in der betreffenden Einwohnergemeinde verliert.</p> <p>³ Die betroffene Person meldet den Verlust ihres Stimmrechts oder der übrigen Wählbarkeitsvoraussetzungen umgehend der Behörde, der sie angehört, sowie der Staatskanzlei und im Falle von Friedensrichterinnen oder Friedensrichtern zusätzlich der zuständigen Einwohnergemeinde.</p> <p>⁴ Der betroffenen Person sind ab dem Zeitpunkt des Verlusts des Stimmrechts oder der übrigen Wählbarkeitsvoraussetzungen jegliche Amtshandlungen untersagt.</p>
<p>§ 70 Transport</p> <p>¹ Die Zuger Polizei gewährleistet dienstliche Personentransporte der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, soweit besondere Sicherheitsaspekte dies erfordern.</p>	<p>¹ Die Zuger Polizei gewährleistet dienstliche Personentransporte der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, soweit besondere Sicherheitsaspekte dies erfordern.</p>
<p>§ 78 Ergänzendes Verfahrensrecht</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>¹ Auf die subsidiäre Aufsichtsbeschwerde finden die Bestimmungen über die Beschwerde in Strafsachen (Art. 393 ff. StPO) sinngemäss Anwendung.</p>	<p>¹ Auf die subsidiäre Aufsichtsbeschwerde finden die Bestimmungen über die des <u>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</u>[BGS 162.1] Beschwerde in Strafsachen (Art. 393 ff. StPO) sinngemäss Anwendung.</p>
<p>§ 79 Zuständigkeit und Verfahren</p> <p>¹ Die Beschwerdeabteilung des Obergerichts entscheidet über Beschwerden gegen Justizverwaltungsakte, insbesondere betreffend</p> <p>a) Verfügungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Hausrechts (§§ 83 ff.);</p> <p>b) Verfügungen betreffend die Akteneinsicht bei abgeschlossenen Verfahren;</p> <p>c) Vollzugsverfügungen der Jugendanwältinnen und Jugendanwälte sowie der Gerichtskasse;</p> <p>d) Verfügungen betreffend Kostenerlassgesuche.</p> <p>² Für das Verfahren gelten die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS 162.1].</p>	<p>d) Verfügungen betreffend Kostenerlassgesuche-;</p> <p>e) Verfügungen der Obergerichtskanzlei betreffend Nach- und Rückzahlungsverfahren bei unentgeltlicher Rechtspflege und amtlicher Verteidigung.</p>
	<p>§ 88a Akteneinsicht im abgeschlossenen Verfahren</p> <p>¹ Parteien können die Akten einsehen, sofern keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen an der Geheimhaltung entgegenstehen.</p> <p>² Dritte können Akten einsehen, wenn dafür ein wissenschaftliches oder ein anderes schützenswertes Interesse glaubhaft gemacht ist und der Einsichtnahme keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.</p> <p>³ Im Übrigen richtet sich die Bearbeitung von Personendaten nach dem Datenschutzgesetz vom 28. September 2000[BGS 157.1].</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	⁴ Die Einsicht in archivierte Akten richtet sich nach dem Archivgesetz vom 29. Januar 2004[BGS 152.4].
<p>§ 89 Verfahren der Akteneinsicht</p> <p>¹ Die Verfahrensleitung bzw. die instruierende Einzelrichterin oder der instruierende Einzelrichter entscheidet über die Akteneinsicht und trifft die erforderlichen Massnahmen, um Missbräuche und Verzögerungen zu verhindern und berechnigte Geheimhaltungsinteressen zu schützen.</p> <p>² Die Akten sind am Sitz der betreffenden Justizbehörde einzusehen. Bei anwaltlich vertretenen Parteien werden die Akten in der Regel den in der Schweiz domizilierten Anwältinnen und Anwälten zugestellt.</p> <p>³ Wer zur Einsicht berechnigt ist, kann gegen Entrichtung einer Gebühr die Anfertigung von Kopien der Akten verlangen, soweit die Behörde dadurch nicht übermässig beansprucht wird.</p>	<p>^{1a} Bei abgeschlossenen Verfahren entscheidet das Präsidium des jeweiligen Gerichts bzw. die Leitende Oberstaatsanwältin oder der Leitende Oberstaatsanwalt über die Akteneinsicht und trifft die erforderlichen Massnahmen, um Missbräuche und Verzögerungen zu verhindern und berechnigte Geheimhaltungsinteressen zu schützen. Der Entscheid kann an die ursprüngliche Verfahrensleitung delegiert werden.</p>
<p>§ 90 Akteneinsicht im abgeschlossenen Verfahren</p> <p>¹ Nach Abschluss des Verfahrens richten sich die Auskunftserteilung und die Einsicht in die Akten nach der Datenschutzgesetzgebung. Die Einsicht in archivierte Akten richtet sich nach dem Archivgesetz vom 29. Januar 2004[BGS 152.4].</p>	<p>§ 90 Aufgehoben.</p>
<p>§ 91</p>	<p>§ 91 Akteneidition und Auskunftserteilung</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>¹ Die Behörden der Zivil- und Strafrechtspflege geben untereinander sowie anderen Behörden der Rechtspflege und der Verwaltung Akten heraus und erteilen Auskünfte, wenn</p> <p>a) die ersuchende Behörde ein schutzwürdiges rechtliches Interesse glaubhaft macht, das sich aus ihrer amtlichen Funktion ergibt, und</p> <p>b) keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.</p> <p>² Die Behörden der Zivil- und Strafrechtspflege haben unter den gleichen Voraussetzungen Anspruch auf die Herausgabe von Akten und die Erteilung von Auskünften seitens der übrigen Behörden des Kantons und der Gemeinden.</p> <p>³ In Zweifelsfällen wird die Ermächtigung zur Aktenedition und zur Auskunftserteilung gemäss § 29 Abs. 3 des Personalgesetzes[BGS 154.21] bzw. gemäss § 13 des Gemeindegesetzes[BGS 171.1] erteilt.</p> <p>⁴ Die Ermächtigung ist endgültig.</p>	
	<p>§ 91a Datenbezug aus dem kantonalen Personenregister</p> <p>¹ Das Sekretariatspersonal des Obergerichts, des Strafgerichts sowie der Staatsanwaltschaft ist berechtigt, zwecks Erfassung der betroffenen Person in der Geschäftskontrolle, Adressabklärung bei nicht zustellbarer Post in hängigen Verfahren sowie Mutation im Schweizerischen Strafregister über einen elektronischen Zugriff folgende Daten aus dem kantonalen Personenregister zu beziehen (Einzelabfrage):</p> <p>a) Name, Vorname, Alias Name;</p> <p>b) Geschlecht;</p> <p>c) Wohnadresse und Zustelladresse (Strasse, Nr., Postfach, PLZ, Ort, Land);</p> <p>d) Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland;</p> <p>e) Heimatorte, Staatsangehörigkeit;</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	<p>f) AHV-Nummer;</p> <p>g) Vorname und Name des Vaters und der Mutter;</p> <p>h) Zivilstand;</p> <p>i) Datum und Herkunftsort bei Zuzug;</p> <p>j) Datum und Zielort bei Wegzug;</p> <p>k) Todesdatum.</p> <p>² Das Sekretariatspersonal des Kantonsgerichts ist berechtigt, zwecks Erfassung der betroffenen Person in der Geschäftskontrolle sowie Adressabklärung bei nicht zustellbarer Post in hängigen Verfahren, folgende Daten (Einzelabfragen) über einen elektronischen Zugriff aus dem kantonalen Personenregister zu beziehen:</p> <p>a) Name und Vorname;</p> <p>b) Wohnadresse und Zustelladresse (Strasse, Nr., Postfach, PLZ, Ort, Land);</p> <p>c) Geburtsdatum;</p> <p>d) Heimatorte, Staatsangehörigkeit;</p> <p>e) Datum und Herkunftsort bei Zuzug;</p> <p>f) Datum und Zielort bei Wegzug.</p> <p>³ Die Gerichtskasse des Obergerichts ist berechtigt, zwecks Adressabklärung bei nicht zustellbarer Post sowie Inkassomassnahmen über einen elektronischen Zugriff folgende Daten aus dem kantonalen Personenregister zu beziehen (Einzelabfrage):</p> <p>a) Name, Vorname, Alias Name;</p> <p>b) Geschlecht;</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	c) Wohnadresse und Zustelladresse (Strasse, Nr., Postfach, PLZ, Ort, Land); d) Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland; e) Heimatorte, Staatsangehörigkeit; f) AHV-Nummer; g) Vorname und Name des Vaters und der Mutter; h) Zivilstand; i) Datum und Herkunftsort bei Zuzug; j) Datum und Zielort bei Wegzug; k) Todesdatum.
<p>§ 95 Allgemeine Informationspflicht</p> <p>¹ Das Obergericht informiert die Öffentlichkeit in geeigneter Weise und aktuell über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege, über den Zugang zur Rechtspflege sowie über die Tätigkeit der Justizbehörden.</p> <p>² Die übrigen Justizbehörden informieren darüber hinaus in allgemeiner Weise, soweit ein Gesetz oder eine Verordnung dies vorsieht.</p> <p>³ Der jährliche Rechenschaftsbericht des Obergerichts und der halbjährliche Tätigkeitsbericht der Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht sind öffentlich.</p>	<p>³ Der jährlichezweijährliche Rechenschaftsbericht des Obergerichts und der halbjährliche Tätigkeitsbericht der Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht sind öffentlich.</p>
<p>§ 107 Einnahmen</p> <p>¹ Die Einnahmen aus Ordnungsbussen fallen in die Staatskasse.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>² Hat der Gemeinderat mit der Polizei eine Verwaltungsvereinbarung über den Beizug von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sowie von Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes abgeschlossen, fallen die von ihnen erhobenen Ordnungsbussen wegen Verletzung von Verkehrsregeln im ruhenden Verkehr auf öffentlichen Parkplätzen in die jeweilige Gemeindekasse.</p>	<p>² Hat der Gemeinderat mit der Polizei eine Verwaltungsvereinbarung über den Beizug von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sowie von Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes abgeschlossen, fallen die von ihnen erhobenen Ordnungsbussen wegen Verletzung von Verkehrsregeln im ruhenden Verkehr auf öffentlichen Parkplätzen in die jeweilige Gemeindekasse.</p>
<p>§ 115 Regierungsrat</p> <p>¹ Für den Straf- und Massnahmenvollzug bei Erwachsenen ist vorbehältlich abweichender gesetzlicher Regelungen der Regierungsrat oder die von ihm bezeichnete Stelle zuständig.</p> <p>² Die Zuständigkeit schliesst alle für den Vollzug in Art. 74 bis 96 StGB vorgesehenen Entscheide ein, für die nach dem StGB und diesem Gesetz nicht ein Gericht zuständig ist.</p> <p>³ Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung. Er erlässt im Rahmen des Bundesrechts insbesondere Vorschriften über</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Vollzugsanstalten einschliesslich der Anstaltsordnung sowie des medizinischen und psychiatrischen Dienstes;b) das Disziplinarrecht im Rahmen von Art. 91 StGB;c) die soziale Betreuung;d) die gemeinnützige Arbeit;e) die Bewährungshilfe und die Kontrolle der Erfüllung von Weisungen (Art. 44 Abs. 2 StGB);f) die Kostenbeteiligung der Verurteilten im Vollzug. <p>⁴ Er oder die von ihm bezeichnete Stelle ist insbesondere zuständig für den Vollzug</p> <ul style="list-style-type: none">a) der Freiheitsstrafen einschliesslich der Ersatzfreiheitsstrafen (Art. 74 ff. StGB);	<p>d) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>e) die Bewährungshilfe und die Kontrolle der Erfüllung von Weisungen- (Art. 44 Abs. 2 StGB);</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
<p>b) der gemeinnützigen Arbeit (Art. 38 StGB);</p> <p>c) der stationären therapeutischen Massnahmen (Art. 59 ff. StGB);</p> <p>d) der ambulanten Behandlung (Art. 63 ff. StGB);</p> <p>e) der Verwahrung (Art. 64 ff. StGB) einschliesslich der Massnahmen gemäss Art. 64c Abs. 1 und 2 StGB;</p> <p>f) der anderen Massnahmen nach Art. 67 bis 67b StGB;</p> <p>g) der Sicherungseinziehung (Art. 69 StGB) einschliesslich der angeordneten Unbrauchbarmachung oder Vernichtung.</p>	<p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>g) der Sicherungseinziehung (Art. 69 StGB) einschliesslich der angeordneten Unbrauchbarmachung oder Vernichtung;</p> <p>h) der Lernprogramme (Art. 55a Abs. 2 StGB);</p> <p>i) der Ersatzmassnahmen (Art. 237 StPO);</p> <p>j) der zivilrechtlichen elektronischen Überwachung (Art. 28c ZGB).</p>
	<p>§ 127a Personelle Dotation</p> <p>¹ Gewählte Ersatzmitglieder des Obergerichts bleiben, auch wenn deren Anzahl vier übersteigt, bis zum Ende der Amtsperiode 2025–2030 im Amt. Bei Rücktritten werden keine neuen Ersatzmitglieder gewählt, solange deren Anzahl bei vier oder höher liegt.</p>
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Obergerichts vom 8. November 2023; Vorlage Nr. 3638.2 (Laufnummer 17500)
	Diese Änderungen treten nach unbenutzter Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung[BGS 111.1]) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am].
	Zug, Kantonsrat des Kantons Zug Der Präsident Karl Nussbaumer Der Landschreiber Tobias Moser Publiziert im Amtsblatt vom